



Toleranz und Dialog der Religionen statt rassistischer Hetze

Pressemitteilung von Bodo Ramelow, 17. September 2008

„Der Deckmantel vermeintlicher Islamkritik darf nicht zum Schüren rassistischer Vorurteile missbraucht werden“, so Bodo Ramelow zum so genannten "Anti-Islamisierungs-Kongress", den Rassisten und Neofaschisten aus ganz Europa vom 19. bis zum 21. September in Köln durchführen wollen. Auf Einladung der selbsternannten "Bürgerbewegung pro Köln" wollen bis zu tausend Rechte und Rechtsextreme verschiedenster Couleur, vom klassischen Neonazi bis hin zu Rechtskonservativen, unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Islamkritik ihre Propaganda gegen Menschen anderer Herkunft und Religion verbreiten. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE erklärt weiter:

„Unter den für den Kongress „Nein zur Islamisierung - Nein zur Kölner Großmoschee“ angekündigten Referenten sind viele Rechtsextreme aus ganz Europa. Ihnen geht es nicht um Religionskritik, sondern im Kern um rassistische Hetze gegen hier lebende Muslime und Muslima und Migrantinnen und

Migranten. DIE LINKE steht für Religionsfreiheit und ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Gläubigen aller Religionen und nicht religiösen Menschen.

Die „pro Köln“-Veranstaltung könnte die größte rechte Kundgebung in Köln seit 1945 werden. Die Gefahr ist groß, dass Hass und Ängste in der Bevölkerung geschürt werden. Dagegen haben Vertreterinnen und Vertreter von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen ihren Widerstand angekündigt. Am kommenden Samstag wird ein vom DGB initiiertes Bündnis unter dem Motto „Wir stellen uns quer - Kein Rassismus in Köln“ vor dem Kölner Dom demonstrieren. DIE LINKE und ihre Bundestagsfraktion unterstützt dieses Bündnis. 40.000 Menschen werden zu dieser Gegendemonstration erwartet.

DIE LINKE will keine Hetze gegen Migrantinnen, Migranten und andere gesellschaftliche Minderheiten und weist die Versuche von Rassisten und Neofaschisten zurück, Menschen muslimischen Glaubens zu kriminalisieren, zu diffamieren und auszugrenzen. Sie müssen in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland genauso angstfrei leben können, wie alle anderen Menschen auch. Nicht die „falsche“ Religion ist der Grund für Entlassungen, Lohnkürzungen, steigende Preise und Kriege, sondern die herrschende neoliberale Politik.

Darum gilt es, am Samstag Zivilcourage zu zeigen. Oder im kölschen Idiom: Arsch huh - Zäng useinander.

